

JOHANNES GUTENBERG
UNIVERSITÄT MAINZ



 Universität Trier

ism

Institut für
Sozialpädagogische Forschung
Mainz gGmbH

Empfehlungen für eine beteiligungssensible Kinder- und Jugendpolitik in Rheinland-Pfalz

Prof. Dr. Tanja Betz
Heinz Müller, Dipl.-Päd.

Dialog VI – Eigenständige Jugendpolitik Rheinland-Pfalz

Akademie der Wissenschaften und der Literatur Mainz,
Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration, 5. Juni 2025

- (1) Stärkung der Rechte von jungen Menschen in Gesetzen
- (2) Auf- und Ausbau einer verlässlichen Beteiligungsinfrastruktur
- (3) Aufklärung und Information über Beteiligungs-/Beschwerderechte; mehr Möglichkeiten der Beteiligung und Beschwerde
- (4) Neue Anerkennungskultur für Kinder- und Jugendbeteiligung – Abbau des Machtungleichgewichts
- (5) Beteiligungssensible Entwicklung von Schule und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe
- (6) Gerechte Kinder- und Jugendpolitik – Abbau von Barrieren
- (7) Stärkung der Forschung, die auf junge Menschen bezogen ist
- (8) Ressortübergreifende Politikberatung und Jugendhilfeplanung mit jungen Menschen



Stärkung der Beteiligungsrechte

Einführung des
Wahlrechts für junge
Menschen ab 16 Jahren

Ausbau der Kinderrechte
in der Landesverfassung
Rheinland-Pfalz

Aufbau und strukturelle
Verankerung einer
Kinder- und
Jugendkommission auf
Landesebene

EMPFEHLUNG 1

Stärkung der
Beteiligungsorientierung
im Schulgesetz des
Landes Rheinland-Pfalz

Stärkung der
Beteiligungsrechte von
Kindern in der Gemeinde-
und Landkreisordnung
Rheinland-Pfalz

Verlässliche Beteiligungsinfrastruktur

Auf- und Ausbau der Beteiligungsinfrastruktur mittels hauptamtlicher Strukturen und finanzielle Förderung pro Kind / Jugendlichen für beteiligungssensible Kinder- und Jugendarbeit

EMPFEHLUNG 2

Verankerung einer beteiligungssensiblen Kinder- und Jugendpolitik als kommunalpolitische Aufgabe (u.a. in kommunalpolitischen Gremien)

Aufklärung, Stärkung & Information über Beteiligungs-/Beschwerderechte

EMPFEHLUNG 3

Eine adressatinnen- und adressatengerechte Aufklärung und Information über Beteiligungs- und Beschwerderechte sowie Beteiligungs- und Beschwerdemöglichkeiten von jungen Menschen vor Ort und im digitalen Raum soll auf- und ausgebaut sowie strukturell verankert werden.

Neue Anerkennungskultur für Beteiligung – Abbau des Machtungleichgewichts

EMPFEHLUNG 4

Es braucht eine neue Anerkennungskultur für die Belange und Interessen von Kindern und Jugendlichen sowie von Kinder- und Jugendbeteiligung – in pädagogischen Handlungsfeldern und auf unterschiedlichen politischen Ebenen.

Diese Anerkennungskultur soll dazu beitragen, generationale Machtverhältnisse abzubauen. Diese gibt es in Institutionen, Praktiken und Interaktionen in pädagogischen Handlungsfeldern und in politischen Zusammenhängen; die Machtverhältnisse wirken vielfach implizit und bleiben bisweilen unerkannt.

Beteiligungssensible Entwicklung von Schule und KJH-Einrichtungen

EMPFEHLUNG 5

Es bedarf der weiteren Stärkung einer Beteiligungskultur sowie eine beteiligungssensible Schulentwicklung und Weiterentwicklung der Einrichtungen und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe.

EMPFEHLUNG 6

Eine beteiligungssensible Kinder- und Jugendpolitik muss gerecht ausgestaltet werden.

Kinder- und Jugendbeteiligung darf kein Privileg von jungen Menschen in wohlhabenden Kommunen, in ressourcenstarken Institutionen, für Kinder und Jugendliche ohne Behinderung oder von privilegierten Personen(gruppen) sein. Kinder- und Jugendbeteiligung muss auch im Kontext von Flucht und Migration gewährleistet sein. Entsprechende Barrieren gilt es abzubauen.

Stärkung der Forschung, die auf junge Menschen bezogen ist

EMPFEHLUNG 7

Eine beteiligungssensible Kinder- und Jugendpolitik braucht eine Stärkung der und durch die auf junge Menschen bezogenen Wissenschaften in Rheinland-Pfalz. Die Forschung zu den Lebenslagen und Lebenswelten und damit zu den Beteiligungswirklichkeiten von jungen Menschen im Land sollte dauerhaft gefördert und über Kooperationsvorhaben mit (Kommunal-)Politik und Praxis strukturell abgesichert werden.

(Schließen von Datenlücken zu Bedarfen, Bedürfnissen, Interessen und Benachteiligungen von jungen Menschen, s. Empfehlung 8)

Ressortübergreifende Politikberatung & Jugendhilfeplanung mit jungen Menschen

Einbezug junger Menschen in
Erstellung und Transfer der
Kinder- und Jugendberichte auf
Landesebene

Einbezug junger Menschen in
landesweite Berichterstattung in allen
Ressorts, deren politische
Entscheidungen und Maßnahmen
Kinder und Jugendliche betreffen

EMPFEHLUNG 8

Einbezug junger Menschen in
kommunale Planung und
Berichterstattung in allen Ressorts,
deren politische Entscheidungen
und Maßnahmen Kinder und
Jugendliche betreffen

Schließung von Datenlücken, die
systematisch Bedarfe, Bedürfnisse,
Interessen junger Menschen und
spezifischer Gruppen von jungen
Menschen in unterschiedlichen
Regionen des Landes unsichtbar
machen und sie daher benachteiligen

VIELEN DANK FÜR IHRE AUFMERKSAMKEIT!

Gefördert von:



RheinlandPfalz

MINISTERIUM FÜR
FAMILIE, FRAUEN, KULTUR
UND INTEGRATION

JOHANNES GUTENBERG
UNIVERSITÄT MAINZ



 Universität Trier

ism

Institut für
Sozialpädagogische Forschung
Mainz gGmbH